

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Thorsten Glauber

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Dr. Martin Huber

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Florian von Brunn

Abg. Benno Zierer

Abg. Christoph Skutella

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2 a** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

für ein Bayerisches Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) (Drs. 18/7898)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Hierzu erteile ich Herrn Staatsminister Thorsten Glauber das Wort.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Heute wird das erste Bayerische Klimaschutzgesetz eingebracht. Es ist eng verzahnt mit der Europäischen Union und mit dem Bundes-Klimaschutzgesetz. Es ist ein Fahrplan für Bayern, um den CO₂-Emissionen zu begegnen.

Kolleginnen und Kollegen, Klimawandel ist nicht verhandelbar. Deshalb gilt es, klug damit umzugehen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das bedeutet auch, aus der Pandemie und aus Corona zu lernen.

Ich muss mich schon wundern, wenn der Kollege Winhart mit beißender Kritik gegen die Maßnahmen und das Vorgehen der Staatsregierung in der Pandemie antritt. Kolleginnen und Kollegen, vor sechs Wochen hat es in Italien 30.000 Tote, völlig überfüllte Krankenhäuser und bis zum Rande der völligen Erschöpfung arbeitende Mediziner und Pflegerinnen und Pfleger gegeben. In Spanien hat es 27.000 Tote gegeben. Wenn man sich sechs Wochen später hinstellt und behauptet, die Staatsregierung und auch der Landtag könnten alles, nur nicht ordentlich mit einer Pandemie umgehen, dann ist das beißende, sinnlose und menschenverachtende Kritik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich bin froh, dass kein Mediziner, keine Medizinerin, kein Pfleger in Bayern eine Triage vornehmen und entscheiden musste, ob 59-, 61- oder 73-jährige Erkrankte geschützt werden können, weil jüngere geschützt werden müssen und die Kapazitäten nicht

ausreichen. Ich bin froh, dass diese Entscheidung nicht getroffen werden musste und dass unser Gesundheitssystem leistungsfähig genug war.

(Widerspruch)

Deshalb müssen wir aus der Pandemie lernen. Bei diesem Thema bin ich wieder bei Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, beim Klimaschutzgesetz.

(Widerspruch)

Sie lernen nämlich auch beim Thema Klimaschutz nichts. Sie verachten das Thema.

(Widerspruch)

Sie behaupten, es gebe keine CO₂-Emissionen. Deshalb gibt es einen Fahrplan und auch ein Klimaschutzgesetz. Schauen wir in die Welt. Das Thema Klimaschutz ist eine Herausforderung, die global zu lösen ist: 27 % der CO₂-Emissionen werden in China produziert, 13 % in den USA.

(Zuruf)

Dann kommt Europa mit 10 % aller CO₂-Emissionen. Wer ist Hauptemittent? – Die Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf: Weltweit)

Knapp 40 % aller –

(Zuruf)

Herr Kollege Hahn, hören Sie zu. Zuhören bildet.

(Zuruf)

Ich habe gesagt, knapp 40 % aller in Europa – –

(Zuruf)

Zuhören, aber das werden Sie nicht mehr lernen. Deshalb ist mit Ihnen auch kein Klimaschutz zu machen.

(Zuruf)

– Doch, mit uns ist Klimaschutz zu machen. Wir legen ein Klimaschutzgesetz und einen Fahrplan vor.

(Zuruf)

Mit diesem Klimaschutzgesetz werden wir, das ist die Herausforderung, aus dem Lockdown – –

(Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Ganz ruhig, meine Herrschaften. Keep cool.

(Heiterkeit)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Danke schön, Frau Präsidentin.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Minister, im Anschluss gibt es eine Aussprache, und jede Fraktion bekommt ihre Redezeit, dann können alle Argumente ausgetauscht werden.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Der Lockdown, so schwierig er für die Gesellschaft ist, war für die Umwelt gut. Das muss auch anerkannt werden. Wir finden plötzlich Tiere in Lebensräumen wieder, die wir schon lange nicht mehr dort gesehen haben. In unseren Meeren und vor unseren Häfen gibt es plötzlich wieder Fischschwärme, die wir so schon lange nicht mehr gesehen haben. In unseren Städten finden wir wieder Singvögel, die eigentlich weggezogen waren, aber nun zurückgekehrt sind. Was ist unsere Schlussfolgerung daraus? – Das Klimaschutzgesetz ist sehr wichtig. Wir müssen es schaffen, die ökologischen und die ökonomi-

schen Herausforderungen miteinander zu vereinen. Wir müssen beides tun: Wir müssen für eine gute Natur und Umwelt, aber auch für wirtschaftliches Handeln sorgen. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir die Investitionen in die richtige Richtung lenken, wenn wir das Schwungrad wieder anschmeißen, das heißt in Richtung Nachhaltigkeit, Zukunft und einer nachhaltigen, ökologischen und erneuerbaren Wirtschaft.

Wir als Staatsregierung agieren auf drei Ebenen, dem Klimaschutzgesetz, den Klimaschutzmaßnahmen in dieser Legislaturperiode in der Größenordnung von einer Milliarde Euro und der Hightech Agenda. Jetzt gilt es gegen die Krise zu investieren, in die neuen Technologien, in die Transformation unserer Arbeitsplätze, um den Klimaschutz wirklich zu leben. Wir sind Hochlohnland und werden dies bleiben wollen. Hierfür sind die Innovationen und die neuen Arbeitsplätze der Zukunft zu gestalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Diese Maßnahmen werden wir als Staatsregierung unterstützen. Ludwig Erhard würde uns im Jahr 2020 in meinen Augen eine soziale, eine nachhaltige und eine ökonomisch und ökologisch vereinte Marktwirtschaft ans Herz legen und ins Stammbuch schreiben. Wir müssen aus dem Green Deal, der in Europa gestaltet wird, die Transformation schaffen und die Mittel nach Deutschland, nach Bayern lenken. Laut "Handelsblatt" gibt es hundert Unternehmen der Zukunft wie Wacker Chemie, Thyssenkrupp und auch Schaeffler, die uns auffordern, die Mittel so zu lenken, dass die Zukunft der Unternehmerschaft aus Deutschland und Bayern heraus mit dem Nachhaltigkeitsgedanken gestaltet wird.

Was wollen wir? – Wir wollen die Lebenssicherheit der bayerischen Bürger. Wir wollen die Klimasicherheit für unsere bayerischen Bauern. Wir wollen die Zukunftssicherheit für unsere bayerische Wirtschaft. Deshalb gilt es mit den richtigen Maßnahmen die Technologie – Mobilität, Digitalisierung und Bauen – der Zukunft zu gestalten. Das wollen wir gestalten. Wir brauchen keine Passivhäuser oder Nullenergiehäuser, sondern Plusenergiehäuser. Wir müssen auf die erneuerbaren Energien setzen, die in

Bayern schon heute einen Anteil von 20 % ausmachen. Wir werden, das hat der Wirtschaftsminister angesprochen, an den erneuerbaren Energien dranbleiben. Wir wollen den Antrieb der Zukunft. Wir wollen keine ideologisch isolierte Diskussion über die Batterie. Der Antrieb muss einen nachhaltigen Kraftstoff in sich tragen, einen synthetischen Kraftstoff. Wir wollen keine verengte Diskussion. Hier ist eine große Bandbreite möglich. Wir sind davon überzeugt, dass sowohl die bayerischen Hochschulen als auch die bayerische Industrie diese Transformation hinbekommen werden.

Auch der Naturaspekt ist zu bedenken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern emittiert 80 Megatonnen CO₂. Unsere Wälder haben ein Bindungspotenzial für 30 Megatonnen. Deshalb gilt es dem Waldsterben zu begegnen und den Waldumbau zu gestalten; wir müssen aus dem "Volksbegehren Artenvielfalt" die richtigen Schlüsse ziehen und die Gewässerrandstreifen ökologisch so aufwerten, dass wir die Kohlenstoffsenken nutzen können, um ökologische Vielfalt und CO₂-Bindung gemeinsam hinzubekommen.

Im Klimaschutzgesetz finden Sie einen Fahrplan dafür. Ich bitte Sie, diesem Gesetz zuzustimmen, und wünsche gute Beratung. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Minister. Ich eröffne jetzt die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Als Erstem erteile ich dem Kollegen Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an das Thema der jetzigen Debatte erinnern: Wir diskutieren über den Entwurf des Bayerischen Klimaschutzgesetzes. Mein Vorredner, Herr Minister Glauber, befand sich noch in der letzten Debatte. Daher noch einmal ganz klar: Es geht jetzt um das Klimaschutzgesetz. So durcheinander und wirr die Einbringung des

Gesetzes durch den Minister leider war, so durcheinander und wirr ist auch das Klimaschutzgesetz, dessen Entwurf vorliegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident Söder hat rechtzeitig zur Debatte den Raum verlassen. In den großspurigen Ankündigungen im letzten Jahr hieß es noch, das Thema Klimaschutz werde ganz großgeschrieben, das modernste Klimaschutzgesetz komme und im Freistaat gelte Freifahrt für die erneuerbaren Energien. Es gebe verbindliche Ziele mit klaren Zwischenschritten. Ich bringe es kaum über die Lippen. Und was sehen wir jetzt? – Herausgekommen ist genau das Gegenteil. Der Entwurf enthält eine maximale Unverbindlichkeit, eine Fortsetzung der Blockade der erneuerbaren Energien und gipfelt in einem Artikel 10, der da besagt: Klimaschutz ist nicht einklagbar. Was für eine Enttäuschung!

Wir brauchen aber ein wirksames Bayerisches Klimagesetz! Wir brauchen einen wirksamen Beitrag, damit der Bund und wir in Deutschland die Klimaziele von Paris einhalten. Wir hören dies Tag für Tag von den Wissenschaftlern. Wir haben nur noch ein begrenztes Budget an Treibhausgasen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat erst vor Kurzem gesagt, dass Bayern noch maximal über 1.000 Millionen Tonnen verfüge. Das heißt: Wir müssen die Emissionen bis zum Jahr 2030 halbieren, sie auf 3 Tonnen pro Kopf senken und bis zum Jahr 2040 klimaneutral sein.

In dem Entwurf von der CSU und den FREIEN WÄHLERN ist von 5 Tonnen pro Kopf die Rede. Wir steuern mit dieser Zielsetzung auf eine um 3 Grad überhitzte Welt zu. Momentan erleben wir die Dürren und die Trockenheit. Wir beklagen die Hitzetoten. Wir sehen die Stürme in einer Welt, die um 1 Grad zu warm ist. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in einer um 3 Grad überhitzten Welt will niemand von uns leben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb setzen wir GRÜNE uns so klar und konsequent für Klimaschutz ein.

Selbst diese schwachen Ziele von 5 Tonnen sind mit nichts hinterlegt. Es gibt keine wirksamen Maßnahmen. Das sagen nicht nur wir GRÜNE, sondern das geht auch aus den Stellungnahmen der angehörten Verbände hervor. Der Bayerische Gemeindetag, der Bauindustrieverband Bayern, der BUND, der VKU, die Bayerische Architektenkammer, der Verband Bayerischer Wasserkraftwerke und viele mehr sagen unisono, dass der Entwurf zu unverbindlich sei. Es gebe zu viele Kann- und Soll-Bestimmungen und nichts Konkretes. Es wird gefragt: Wo sind im Gesetz die rechtlich bindenden Vorschriften? – Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft zitiert die Definition des Duden, die besagt: Ein Gesetz ist eine "vom Staat festgesetzte, rechtlich bindende Vorschrift". Nachdem davon nichts im Entwurf enthalten ist, schlussfolgert der Verband, dieses Gesetz sei im Grunde entbehrlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mich: Wie wollen Sie, Herr Glauber – Herr Söder ist nicht mehr da –, mit diesem Gesetz vor die Jugendlichen treten, die Sie noch vor über einem Jahr zu Klimajugendkonferenzen eingeladen haben? – Was uns heute vorliegt, ist eine schallende Ohrfeige für die junge Generation und die Folgegenerationen.

Was muss dringend in ein gutes und wirksames Bayerisches Klimagesetz? – Wir haben als GRÜNE-Landtagsfraktion 2018/19 einen entsprechenden Entwurf vorgelegt. Das Landesziel muss zu den Zielen von Paris passen. Wir brauchen verbindliche Maßnahmen, die festzulegen sind. Wir brauchen auch in der Landesplanung Ziele für erneuerbaren Energien. Landwirtschaft und Moore müssen einbezogen werden. Die Wärme ist die größte Baustelle bei den Treibhausgasen. Hier ist das Land auch zuständig. Hier braucht es klare Vorgaben. Die Kommunen brauchen Klimaschutzmanager; sie brauchen intelligente Wärmekonzepte und eine anständige Verkehrsplanung. Dafür brauchen sie aber eine finanzielle Unterstützung! Das Konnexitätsprinzip, das hierfür notwendig ist, wird im vorliegenden Entwurf von vornherein ausgeschlossen. Wir brauchen ein gutes Monitoring. Wir brauchen jährliche Berichte und nicht erst im Jahr 2025 einen ersten Bericht, wie im Entwurf vorgesehen. Das ist viel zu spät!

Ein Klimarat ist notwendig. Dieser braucht klare Zuständigkeiten und eine klare Aufgabenbeschreibung. Wir wollen die Zivilgesellschaft, die Umweltverbände, die Kirchen und die Gewerkschaften dabei haben. All das muss ein gutes Klimagesetz haben!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt in der Corona-Krise die Erfahrung gemacht, dass gerade die Länder, die klare Maßnahmen treffen, auf die Wissenschaft hören und verbindliche Vorgaben machen, diejenigen Länder sind, die gut durch die Krise kommen. Wir GRÜNE fordern von der Staatsregierung, bei der Bewältigung der Klimakrise ein klares Ziel vor Augen zu haben, auf die Wissenschaft zu hören und mit Mut voranzugehen! Mut heißt in diesem Fall auch, einen schlechten, einen miserablen Gesetzentwurf zurückzuziehen. Das fordern wir ein!

Wir brauchen ein wirksames Bayerisches Klimaschutzgesetz. Dieses muss die Botschaft haben: Der Freistaat setzt auf Klimaschutz, auf erneuerbare Energien und tut alles, um die Lebensgrundlagen zu erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht als Nächster der Kollege Dr. Martin Huber.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zunächst kurz auf die Äußerungen des Kollegen Martin Stümpfig eingehen. Dieser wirft der Staatsregierung und den sie tragenden Fraktionen vor, der vorliegende Entwurf sei mutlos und konzeptlos.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, mutlos waren Sie, als es darum ging, den Klimaschutz als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung zu verankern!

(Beifall bei der CSU)

Und konzeptlos waren Sie bei Ihrem eigenen Vorschlag zum Klimaschutzgesetz, das wir hier im Plenum am 16. Juli des vergangenen Jahres in Erster Lesung behandelt

haben. Sie haben darin unter anderem vorgeschlagen, dass es ein Landesklimaschutzkonzept geben soll, das Landesklimaschutzkonzept innerhalb von 18 Monaten vorgelegt werden solle. Demnach gäbe es im Frühjahr 2021 eine Vorlage eines Landesklimaschutzgesetzes. Ich frage mich: Wo ist bei Ihnen das Konzept und der Mut? Und vor allem: Sie haben in Ihrem Klimaschutzgesetz die gesamte Verantwortung für den Klimaschutz auf die Kommunen abgewälzt. Da gab es kein Stichwort zu Motivation und Innovation!

Wenn Sie hier kritisieren, dass unser Umweltminister einen Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Corona-Pandemie herstellt, so liegen Sie auch damit falsch; denn gerade die Corona-Pandemie hat den einen oder anderen bewegt zu sagen: Ja, könnten wir denn nicht bei der Bewältigung dieser Pandemie unsere Bemühungen beim Umwelt- und Klimaschutz zurückfahren? Ich bin unserem Ministerpräsidenten Markus Söder sehr dankbar, dass er in seiner Regierungserklärung am 20. April in diesem Haus, aber auch bei vielen anderen Gelegenheiten deutlich gemacht hat: Es gibt keinen Corona-Rabatt bei Klima- und Umweltschutz.

Vielmehr gilt es, diesen Strukturbruch, der Corona ja auch bedeutet, zu nutzen, um mit einer gestärkten ökologischen Wirtschaft aus dieser Krise herauszukommen. Vor diesem Hintergrund passt es sehr gut, dass wir heute im Anschluss an die Aktuelle Stunde das Bayerische Klimaschutzgesetz in Erster Lesung behandeln. Denn Corona, das Auftreten von Pandemien durch Zoonosen und der Klimawandel hängen durchaus zusammen. Die fortschreitende Erwärmung unserer Erde, das Auftauen von Permafrostböden, der zunehmende Verbrauch von Ressourcen – wenn wir nur daran denken, dass der Weltüberlastungstag am 29. Juli 2019 war, für Deutschland sogar schon am 3. Mai –, all das betrifft mit seinen Auswirkungen unser Land Bayern ganz direkt und konkret. Wir erleben dies sowohl bei Trockenheiten und Dürren als auch bei zunehmenden Starkregenereignissen und Fluten.

Bayern ist in ganz besonderer Weise von den Folgen betroffen. So hat sich beispielsweise die mittlere Jahrestemperatur in den letzten siebzig Jahren um 1,9 Grad erhöht.

Wenn wir in diesen Tagen – auch als Lehre aus Corona – viel über Resilienz sprechen, über die Frage, wie wir uns gegen die drohenden Gefahren in der Zukunft wappnen können, so wird ganz klar: Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind auch die Eckpfeiler einer Resilienzstrategie. Deshalb geben wir mit dem Bayerischen Klimaschutzgesetz den gesetzlichen Rahmen für mehr Klimaschutz in Bayern und legen mit dem 96-Maßnahmen-Paket auch ganz konkrete Aktionen für mehr Klimaschutz fest.

Klimaschutz beginnt aber in Bayern nicht erst mit dem Klimaschutzgesetz. Wir haben an dieser Stelle auch schon viel über die getroffenen Maßnahmen gesprochen. Mit dem Klimaschutzprogramm "Bayern 2050" hat sich die Staatsregierung das Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf unter 5 Tonnen pro Einwohner und bis 2050 auf unter 2 Tonnen zu senken. Diese Maßnahmen sind erfolgreich, dies zeigen auch die aktuellen Zahlen, und dies zeigt vor allem auch, dass es in Bayern gelingt,

(Zuruf)

dass wir zu den fortschrittlichsten Industrieländern gehören, was Umweltschutz und Klima betrifft. Auch im Staatshaushalt lässt sich dies ablesen. In den Haushaltsjahren 2019/2020 stehen für das Klimaschutzprogramm rund 231 Millionen Euro zur Verfügung, das sind 42 Millionen Euro mehr als in den Haushaltsjahren 2017/2018; und auch in Zukunft werden die Haushaltsmittel für den Klimaschutz kräftig erhöht.

Aber damit nicht genug: Wir wollen als Freistaat Bayern zeigen, dass uns nachhaltiger Klimaschutz so wichtig ist, dass wir zum ersten Mal ein Bayerisches Klimaschutzgesetz verabschieden wollen. Damit geben wir den Anstrengungen zum Klimaschutz ein gesetzliches Fundament. Wir setzen uns klare Klimaziele. Bayern soll spätestens bis 2050 klimaneutral sein, angestrebt wird sogar Klimaneutralität 2040 plus. Der Staat geht mit seiner Vorbildfunktion voran, die Staatsverwaltung soll bereits bis zum Jahr 2030 die Klimaneutralität erreichen.

Klimaschutz geht uns alle an. Beispielsweise wollen wir auch im Bildungsbereich den Klimaschutz stärker verankern. In staatlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen soll dieses Thema intensiv behandelt werden. Uns allen hier im Hause ist, denke ich, klar: Klimaschutz ist eine Jahrhundertaufgabe, deshalb erfordert er einen breiten Maßnahmenkatalog. Der 10-Punkte-Plan der Klimaschutzoffensive bündelt 96 ganz konkrete Maßnahmen, und – das wird die GRÜNEN verwundern – darunter befindet sich kein einziges Verbot. Wir stellen eben nicht wie Sie einzelne Gruppen an den Pranger, wir spielen nicht Stadt gegen Land aus.

(Zuruf)

Wir machen deutlich: Klimaschutz ist ein Gemeinschaftsprojekt für die gesamte Gesellschaft, für alle staatlichen Ebenen, für alle Lebensbereiche. Deshalb umfassen die Einzelmaßnahmen auch die Bereiche Wald und Moore – wo kritisiert worden ist, dass sie nicht dabei wären. Das Gegenteil ist richtig: Moore nehmen einen ganz breiten Teil der 96 Maßnahmen zum Klimaschutz ein. Wasser, Landwirtschaft, Ökolandbau, Ernährung und auch die Öko-Modellregionen, die ausgeweitet wurden, sind dazuzuzählen. Innovationen und Forschung, Energie, Mobilität, Klimaarchitektur, Holzbau, Staat und Kommunen – alle Lebensbereiche sind berücksichtigt, ganz nach dem Motto: Gemeinsam handeln mit allen Beteiligten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Denn Klimaschutz braucht Mut statt Angst, Aufbruch statt Verbote und Innovationen statt Stillstand. Genau dies zeigen wir in Bayern mit unserer Klimastrategie, mit dem Klimaschutzgesetz und mit den 96 Maßnahmen.

Wir machen damit aber auch deutlich: Wir brauchen zur Lösung Technologieoffenheit und Innovationen. Wir setzen auf Anreize, die allen zugutekommen. Wir setzen auf Cleantech; die Hightech-Strategie unseres Ministerpräsidenten und der Staatsregierung ist auch ein wichtiger Bestandteil, um Umwelt und Wirtschaft zu verbinden. Wir setzen damit wichtige Impulse. Wir verbinden mit unserem Ansatz zum Klimaschutz Wirtschaft und Nachhaltigkeit, wir verbinden Klimaschutz mit Wertschöpfung, kurzum:

Wir packen an und verankern dies in Zukunft zusätzlich auf einem gesetzlichen Fundament.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, ich bitte Sie, am Pult zu bleiben. Sie sind ein gefragter Mann, gleich drei Kurzinterventionen warten auf Sie.

Dr. Martin Huber (CSU): Drei? Ja, sauber!

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gleich drei. – Herr Stümpfig hat die erste, bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Huber, ich möchte dann schon fragen: Warum hat es jetzt zwanzig Monate gedauert – es stand schon im Koalitionsvertrag, dass ein Klimagesetz kommt –, um zwei DIN-A4-Blätter mit elf Artikeln zu füllen? Zwanzig Monate haben Sie dafür gebraucht, und wenn man sich noch einmal die Stellungnahme der Verbände anschaut, so ist dies unisono zu unverbindlich. Das Einzige, das ein wenig verbindlich ist, ist Artikel 3, die unmittelbare Staatsverwaltung. Das sind die Staatsministerien, die Regierungen und die staatlichen Behörden in den Landratsämtern. Diese sind aber gerade einmal für 0,01 % der Treibhausgasemissionen in Bayern verantwortlich. Zu allem anderen, das Sie sagten – zum Beispiel den 96 Maßnahmen –, gibt es keinen Bezug im Klimaschutzgesetz, dass dort einmal etwas umgesetzt würde. Das ist doch die Hauptkritik: dass es komplett unverbindlich ist.

Die Kommunen werden nicht ermächtigt, irgendetwas zu tun, deshalb noch einmal die Frage. Wir haben gemeinsam, auch mit Fridays for Future, an den Runden Tischen zusammengesessen. Was sagen wir den Menschen draußen, was sagen wir den Jugendlichen, was sich durch dieses Gesetz tatsächlich ändert? Ich sehe das nicht, und ich sehe auch keine Maßnahmen, bei denen wir wirklich einmal sagen könnten: Damit geht ein Aufruf durch Bayern: Wir setzen auf Klimaschutz.

Wo ist wirklich verbindlich geregelt, dass etwas vorwärtsgeht?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Dr. Huber, bitte.

Dr. Martin Huber (CSU): Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Mit das Verbindlichste wäre natürlich eine Verankerung des Klimaschutzes als Staatsziel in der Verfassung, was ja leider am Widerstand

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

der GRÜNEN gescheitert ist,

(Beifall bei der CSU)

auch vor dem Hintergrund, dass Sie eine Unterschriftensammlung in Würzburg gestartet haben, um den Klimaschutz in die Verfassung aufzunehmen. Das mag jetzt ein wenig scheinheilig sein,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

aber das soll uns hier jetzt nicht weiter befassen. Außerdem ist es schon so, dass wir beim Klimaschutz natürlich das Gesamtpaket von der europäischen Ebene über die Bundesebene sehen müssen, die ebenfalls ein wuchtiges Klimapaket geschnürt hat, bis hin zu den Maßnahmen in Bayern.

(Zuruf)

Wenn ich mir die 96 Maßnahmen anschau, darf ich ein Beispiel herausgreifen: Wenn der Verkehr, die Mobilität ein großer Punkt ist, der für die CO₂-Emissionen verantwortlich ist, und wir in Bayern eine Hightech-Offensive zu den Themen Wasserstoff und neue Kraftstoffe haben und wir auch im 96-Maßnahmen-Paket ausformuliert haben, wie wir den ÖPNV fördern, auch im ländlichen Raum, so ist das doch eine ganz konkrete Maßnahme, die dem Klimaschutz dient und zu mehr Klimaschutz führen wird.

Wenn Sie hier einfach Kritik üben um der Kritik willen, dann mag das so sein, aber es hilft dem Klimaschutz in keiner Weise.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Die nächste Zwischenbemerkung hat der Kollege Prof. Dr. Hahn. Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Dr. Huber, Sie und Ihre Regierung haben ja immer gerne das Wort "populistisch" auf den Lippen, wenn es um andere geht. In diesem Fall kann man einfach einmal sagen: Einen größeren Populismus als dieses "Klimaschutzgesetz" kann es gar nicht geben. Der Kollege Stümpfig sagte es gerade: Das ganze Ding ist inhaltsleer, die Maßnahmen sind sehr unkonkret – übrigens genau wie in der Verfassung. Sie lassen sich von der Öffentlichkeit dahin treiben, irgendetwas in die Verfassung aufzunehmen, weil Sie meinen, dies würde Stimmen in der Bevölkerung bringen. Im Endeffekt verändert es überhaupt nichts.

Was passiert, ist: Wenn Sie doch Maßnahmen umsetzen wollen, so ist das viel Geld, das Sie hier zusätzlich ausgeben. Sagen wir es einmal so: Wer soll das Geld, das Sie im Zuge der Corona-Krise schon ausgeben, denn wieder hereinholen? Von wem wollen Sie sich das alles zurückholen für die ganzen Corona-Maßnahmen, für die Arbeitslosen, die versorgt werden sollen, und jetzt auch noch für Ihr Klimaschutzgesetz? Das würde ich gern von Ihnen wissen. Wer soll das hinterher alles bezahlen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Dr. Huber.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Kollege Hahn, ich finde es spannend, dass Sie jetzt mit Fragen zur Mathematik kommen. Diese Frage stellt jemand, der davon ausgeht, dass acht von zwanzig eine Mehrheit ist.

(Heiterkeit)

Das muss erst ein bisschen sitzen.

(Heiterkeit und Zurufe)

Aber ich sage einmal: Wir haben auch deutlich gemacht, dass wir Klimaschutz und Wertschöpfung miteinander verbinden. Insofern ist das, was wir in Bayern auf den Weg bringen, auch ein absolutes Konjunkturprogramm, das unserer Wirtschaft helfen wird. Wir sind ein hochinnovatives Land, das Umweltschutz, Klimaschutz und Wertschöpfung verbindet, und ich bin guter Dinge, dass uns dies auch gestärkt aus der Krise herausbringen wird.

(Zurufe)

Das sind Innovationen, die auch im bayerischen Staatshaushalt mit der Hightech Agenda des Ministerpräsidenten schon verabschiedet worden sind. Ich verstehe die Frage, ehrlich gesagt, nicht. Sie sind doch Mitglied dieses Hohen Hauses. Wenn Sie die Gesetzesvorlagen lesen und die Haushaltsberatungen zur Kenntnis nehmen würden, dann sähen Sie, was dafür schon alles an Mitteln in den Haushalt eingestellt worden ist. Insofern ist diese Frage für mich eine absolute Luftnummer. Aber wer bei acht von zwanzig von einer Mehrheit ausgeht, dem muss man das vermutlich nachsehen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich. – Die dritte Frage kommt von Herrn Abgeordneten von Brunn. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Huber, nach Ihren posaunenhaften Ankündigungen will ich gern einen Faktencheck durchführen, wie wir zu den von Ihnen avisierten Senkungen von Treibhausgasemissionen kommen. Es fängt ja schon damit an, dass man gar nicht weiß, von welcher Zahlenbasis Sie ausgehen. Sind es die knapp 10 Tonnen pro Kopf, von denen kürzlich in der Antwort der Staatsregierung auf eine Anfrage zu lesen war? Oder sind es die 7,5 Tonnen Treibhausgasäquivalente pro Kopf, die das Landesamt für Umwelt auf seiner Webseite hat? Dann wären wir nämlich 2030 – bei 55 % Reduzierung – entweder bei 4,2 oder bei 3,3 Tonnen, aber nicht bei 5 Tonnen. Und was heißt eigentlich "klimaneutral?"

Letzte Frage: Haben Sie einmal durchgerechnet, wie viel Einsparungen an Treibhausgasen Ihre Maßnahmen überhaupt konkret erbringen?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Herr Dr. Huber.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr von Brunn, das Referenzjahr ist wie in allen Bereichen das Jahr 1990. Darauf bezieht sich ja auch das Bayerische Klimaschutzgesetz. Diese Jahreszahl steht ausdrücklich drin.

Die Zahlen zum CO₂-Ausstoß pro Kopf sind hier und in den Ausschüssen schon mannigfaltig diskutiert worden. Insofern können wir jetzt einfach davon ausgehen, dass wir pro Kopf knapp 6 Tonnen an energiebedingtem CO₂-Ausstoß in Bayern haben. Der Bundesdurchschnitt liegt übrigens bei 9 Tonnen. Schon daran sieht man, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Wir sind auch weit besser aufgestellt als viele andere Industrieregionen in Europa und der Welt.

Natürlich orientieren wir uns auch am Pariser Klimaschutzabkommen. Im Bayerischen Klimaschutzgesetz ist ausdrücklich festgeschrieben, dass wir uns an die Pariser Beschlüsse halten. Insofern können wir durchaus festhalten, dass wir klare Zielvorgaben in das Gesetz aufgenommen haben. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Es steht doch ganz klar drin, was wir bis 2030 und was wir bis 2050 erreichen wollen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass diese Frage Ihrer Profilierung dient, aber nicht der Sache.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen, Herrn Prof. Dr. Ingo Hahn. Sie sind jetzt als Redner gefordert.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was wir von der Regierungsseite gehört haben, gerade von Herrn Dr. Huber, ist sehr interessant als Antwort. Ich bin zumindest ein Fraktionsvorsitzender, der hier

ist. Ich weiß nicht, vielleicht werden Sie auch einmal Fraktionsvorsitzender. Das wäre nicht schlecht; denn Ihr Fraktionsvorsitzender ist heute gar nicht im Hause. Ja, wo ist er denn?

(Zuruf von der CSU)

Das gilt übrigens genauso für den Herrn Ministerpräsidenten, der heute Morgen da war und dann, pünktlich zum Aufruf dieses Punktes, geflohen ist.

(Zuruf von der CSU)

Er flieht vor seinem eigenen Klimaschutzgesetz. Sehr interessant!

Wir dürfen also heute Zeuge sein, wie das politische Schaufenster der CSU um eine weitere Puppe in grünem Gewand erweitert wird. Das ist eine Mogelpackung; das ist ganz klar. Denn hier geht es weiterhin nur darum, mehr Planwirtschaft, Wirtschaftsfeindlichkeit und Wohlstandsvernichtung vorzusehen. Die quasireligiöse Begeisterung moderner Klimakreuzzügler für seine Zwecke zu missbrauchen, ist aber zutiefst unredlich. Denn die Krise, die wir haben, wird uns nicht nur an den Abgrund führen. Sie wird uns durch solche Gesetze, die uns weiterhin viel Geld kosten werden, über diesen Abgrund hinaustreiben.

Merken Sie es sich: Wer sagt, er wolle das Klima retten und schützen, der meint doch in Wirklichkeit nur eines: Er will sich vor sich selbst retten und sich vor sich selbst schützen. Dieser Logik entsprechend kann man nur sagen: Dann muss der Mensch wohl wieder zurück in die Steinzeit. Oder er muss überhaupt aufhören zu existieren.

Aber auch, wenn es Herr Söder, der heute geflüchtet ist, in seinem aktuellen Corona-Höhenflug gerne so hätte – die Sonne wird sich nicht um ihn drehen, genauso wenig, wie eine natürliche Klimadynamik sich nach ihm ausrichten wird, und genauso wenig, wie sich eine vermeintliche Pandemie nach diesen absurden Maßnahmen richten wird.

Zu Herrn Glauber. Lieber Herr Minister, man muss feststellen: Sie reden hier, als ob Sie noch in der Opposition wären. Und habe ich das vorhin richtig gehört: Deutschland ist der stärkste Emittent von CO₂ weltweit? Wenn Sie das meinen, dann muss man Ihnen sagen: Schauen Sie sich doch einmal die Daten an! Einen Anteil von 2 % – gerade einmal 2 %! – hat Deutschland. Damit wollen Sie die Welt retten? Damit wollen Sie hier ein Gesetz durchboxen, von dem selbst die GRÜNEN und die anderen Oppositionsparteien erkennen, dass es eine reine Luftnummer ist? Es ist eine Worthülse, ein Dogma, das nicht zu messen und nicht zu beziffern ist.

Die im Klimaschutzgesetz festgeschriebenen Maßnahmen der Staatsregierung sind also nicht nur in ihren Kosten unkalkulierbar – das ist alles im Diffusen –, sondern sie enthalten auch keinerlei nennenswerte Umweltwirkung. Stattdessen werden emissionsintensive Produktionsketten ins Ausland verschoben, um hierzulande bessere CO₂-Werte zu erhalten. Alles zum Schaden der dortigen Umwelt und häufig noch unter schlechteren Produktionsbedingungen!

Was Bayern aber jetzt braucht, sind keine unsinnigen Kosten für symbolische Leerläufer wie Klimaräte, Klimaschutzpreise oder Klimaschutzgesetze, sondern konsequente steuerliche Entlastungen für unsere Bürger und eine wirtschaftsfreundliche Politik.

Ich kann auch immer nur eines sagen: Klimaschutz ist kein Umweltschutz. Sie aber reduzieren alles darauf, als ob dieser Klimawandel allein vom Menschen gemacht sei. Dafür gibt es überhaupt keinen Beweis, Sie können das überhaupt nicht differenzieren. Den Klimawandel, den es immer schon gegeben hat, auch schon weit vor dem Menschen, ignorieren Sie vollkommen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Es darf also keine Subventionierung von solchen Energietechniken wie Energiepflanzenanbau, Windkraft usw. geben, weil die Biodiversität unserer Pflanzen und Tiere darunter leidet.

Letzter Satz: Ja, es wird Zeit, diese ökologische und ökonomische Amokfahrt endlich zu beenden. Schmeißen Sie diesen Gesetzentwurf in die Bio-Tonne, und verbessern Sie dadurch das Klima für unsere Umwelt und unsere Wirtschaft! – Vielen Dank!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Prof. Dr. Hahn. – Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Benno Zierer von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Bayern hat seit Jahren die Vorreiterrolle beim Schutz unseres Lebensraums inne. Wir in Bayern hatten das erste Umweltministerium. Seit 1970 steht der Schutz der Umwelt somit im Mittelpunkt des Handelns der bayerischen Regierungen.

Jetzt gehen wir noch einen Schritt weiter und bringen das erste wirkliche Klimaschutzgesetz eines Bundeslandes ein, das genau auf die Bedürfnisse und Befugnisse Bayerns zugeschnitten ist und mit dem das langfristige Ziel einer Minderung von 100 % erreicht werden soll. Wir haben das Glück, dass wir in der Regierung einen Umweltminister haben, der für dieses Gesetz brennt, weil er genau die Auswirkungen der Klimaänderung kennt, nicht nur hier in Oberbayern und in Niederbayern, sondern auch bei ihm in Franken. Wir alle sehen, wo der Weg hinführen wird – leider Gottes! Der Regen wird weniger, alles wird weniger. Handlungsbedarf ist da.

Allerdings ist es auch völlig richtig und wichtig, dass wir hier eine Politik machen, bei der wir die Menschen mitnehmen. Wir brauchen keine Politik einer Diktatur, in der wir den Leuten alles aufzwingen. Wir müssen die Leute mitnehmen.

Viele Menschen können ihren Lebenswandel ändern. Auch viele Firmen wollen das tun. Das muss der Ansatz sein. Wenn wir es nicht schaffen, die Bevölkerung so mitzunehmen, dass die Leute – ich nenne jetzt nur ein Beispiel – auf ihre alten, dreckigen

VW-Busse verzichten sowie ihr Konsum- und Reiseverhalten ändern, dann wird kein Gesetz greifen; da können wir machen, was wir wollen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben weltweit dafür gesorgt, dass die Emissionen zurückgegangen sind. Weniger Pkw-Verkehr, kaum mehr Flugverkehr – deshalb können wir die Minderungsziele einhalten. Aber das ist nicht der Anspruch, den dieses Gesetz haben sollte. Die Wirtschaft wird sich wieder erholen. Viele denken darüber nach, einiges anders zu machen.

Klimaschutz kann auch keine rein bayerische Aufgabe sein. Allerdings wird dieses Gesetz so gestrickt, wie es in Bayern richtig und notwendig ist. Wir haben eine Vorreiterrolle. Genau diese Vorreiterrolle wird in Bayern wahrgenommen und mit diesem Gesetz ausgefüllt. Wir haben über neunzig Einzelmaßnahmen und zehn verschiedene Handlungsfelder.

Man soll nicht immer nur kritisieren, heiße Luft rausblasen und sagen, was einem nicht passt. Arbeiten Sie einfach mit, damit das Ganze mit Leben gefüllt wird, damit die Treibhausgase reduziert werden, damit alles in Ihrem Bereich angepasst wird.

In Bayern können wir in den Alpen beobachten, wie sich unser Ökosystem ändert. Genau darum ist dieses Gesetz wichtig. Wir legen ein unverbindliches, klares Klimaschutzziel für Bayern fest

(Zuruf)

und vermindern die Treibhausgasemissionen bis 2030 auf höchstens 55 % je Einwohner. Das Ziel wird langfristig die Klimaneutralität in Bayern sein. Es wird eine Zeit dauern, aber es ist uns bekannt, dass man so etwas nicht von einem auf das andere Jahr machen kann. Diese Zielsetzung ist im Gleichklang mit den europäischen Zielen. Auch die Bundesregierung hat sie jetzt endlich formuliert.

Wenn kritisiert wird, dass die Klimaneutralität bei der bayerischen Verwaltung nicht genug ist: Verdammt noch mal, irgendwo müssen wir doch anfangen,

(Zuruf)

am besten da, wo wir selbst möglichst schnell Fortschritte als Beispielgeber veranlassen können. Die Staatsverwaltung wird hier eine Vorbildfunktion übernehmen. Meine Damen und Herren, wir wissen doch ganz genau, die Kommunen nehmen ihre Aufgabe sehr verantwortungsvoll wahr. Es gibt kaum eine Stadt oder eine Gemeinde, die die Wichtigkeit nicht gesehen hat.

(Zuruf)

Genau das betonen wir mit diesem Gesetz. Wir unterstützen die Kommunen ja auch. Das ist auch richtig. Es ist wichtig, dass der Klimarat mit Fachleuten besetzt wird. Ich würde Sie bitten, nicht mit Stänkern und mit Polemik gegen so ein Gesetz zu arbeiten,

(Zuruf)

sondern die Bemühungen der Staatregierung bei der Umsetzung dieses Gesetzes zu unterstützen. Das ist auch die Aufgabe eines Politikers: nicht nur ständig zu kritisieren,

(Zuruf)

sondern mitzuhelfen, dass das Ziel erreicht wird. Unterstützen Sie unseren Umweltminister bei diesem Vorgehen.

(Zuruf)

Das ist Ihre Aufgabe.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, ich bitte Sie, noch am Platz zu bleiben. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ja.

(Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Zierer, ich glaube, es war ein Freud'scher Versprecher, als du gesagt hast: Wir legen ein unverbindliches Klimaziel fest. – Genau das ist das Problem, das wir heute hier haben. Mich schockiert es schon, wenn du sagst, wir kritisieren nur. Wir haben 2018 und 2019 ein detailliertes Klimaschutzgesetz mit einer Vielzahl von Artikeln vorgelegt, haben das in den Ausschüssen diskutiert und wirklich Beiträge geleistet. Wir wollen klare, verbindliche Maßnahmen. Wir haben zum Beispiel auch gesagt, wie der Staat die Kommunen unterstützen kann, wenn sie zum Beispiel eine Wärmeplanung machen.

Jetzt zu sagen: "Die Kommunen wissen schon, was sie tun sollen, sie wurden unterstützt", ist für mich Hohn. Im gleichen Klimagesetz, das hier vorgelegt wird, steht, dass das Konnexitätsprinzip nicht greift, weil es nur Empfehlungen an die Kommunen sind. Die Kommunen werden also wirklich im Regen stehengelassen. Sie sollen etwas machen. Unverbindlich heißt es dann: Bitte tut doch einmal etwas. – Aber wenn es darum geht, dass sie unterstützt werden – auch finanziell unterstützt werden –, heißt es in der Begründung, das Konnexitätsprinzip greife nicht. Deswegen ist deine Aussage für mich wirklicher Hohn.

Es heißt auch, der Klimarat sei ganz wichtig. Im Gesetzentwurf steht: Ein Klimarat kann einberufen werden. – Warum heißt es nicht: "Ein Klimarat ist einzuberufen"?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte achten Sie auf die Zeit, Herr Kollege.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das zieht sich durch wie ein roter Faden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich gebe zur Beantwortung weiter. Herr Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, Sie wissen ganz genau, dass sich unsere Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte draußen durchaus ihrer Verantwortung bewusst sind. Die Staatsregierung unterstützt diese Bemühungen. Wir müssen aller-

dings nicht alles Wort für Wort vorschreiben, weil es in den einen Kommunen diese Möglichkeiten und in anderen Kommunen andere Möglichkeiten gibt.

(Zuruf)

Wir sollten es den Kommunen überlassen, wo sie am Vernünftigsten und am Effektivsten Klimaschutzpolitik machen.

(Zuruf)

Das ist eine Politik, die auch von den Gemeinden erwartet wird: keine Diktatur von München, sondern die Freiheit zu haben, im Bausektor,

(Zuruf)

bei Photovoltaik

(Zuruf)

oder wie auch immer tätig zu werden. – Es ist Sinn und Zweck so eines Gesetzes, die Menschen draußen mitzunehmen und nicht aus der Verantwortung zu nehmen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Herr Professor, bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Benno Zierer, ich wundere mich nur, dass Sie diesen ganzen Hype um diese Klimaneutralität so mitmachen. Bei Ihnen bedeutet Klimaneutralität immer, wir müssen CO₂ reduzieren. Wir haben gehört, bis 2040 müssen wir klimaneutral sein. Was ist denn klimaneutral? Sind Sie klimaneutral? Können Sie überhaupt klimaneutral sein? Sind wir als Menschen nicht heterotrophe Wesen, die Sauerstoff einatmen und CO₂ ausatmen,

(Zuruf)

die energiehaltige Nahrung brauchen? – Wir sind keine grünen Pflanzen. Ich denke, das sollte einem Landwirt wie Ihnen auch begreiflich sein.

(Zuruf)

Sie haben nicht nur das Klima, sondern auch die Ökosysteme in den Alpen angesprochen. Ist das denn schlimm, wenn sich Ökosysteme ändern? Ist es denn schlimm, wenn sich das Klima ändert? Nein, es ist nicht schlimm. Auch Ökosysteme ändern sich ständig und immer. Insofern wundert mich Ihre Aussage, wo jetzt die Ökosysteme in den Alpen häufig zuwachsen und Bäume auf Almen wachsen, wenn der Mensch nicht aktiv gegensteuert. Ist das etwas Schlimmes? – Nein.

Ihre Antwort, bitte.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Prof. Hahn, ich möchte genau auf das Letzte eingehen. Es ist ein völliger Irrtum, dass das Klimasystem in den Alpen nicht zusammenbricht, wenn es so weitergeht. Wo sind unsere größten Trinkwasserspeicher? Wo wird unser Land mit Trinkwasser versorgt? – Ganz, ganz viel kommt aus den Alpen. Wenn die Gletscherschmelze vollzogen ist, an der die Menschheit sicherlich Mitverantwortung trägt und schuld ist, weil seit 200 Jahren Öl, Gas und Kohle verbrannt werden, hat das Auswirkungen. Das können Sie als Professor wahrscheinlich sogar besser beweisen als ich.

(Zuruf: Nein! – Weitere Zurufe)

– Das ist egal. Darüber diskutieren wir nicht.

Zu den anderen Aussagen: So ein Gesetz formuliert Ziele. Auf dem Weg dahin wird sich zeigen, wie es möglich ist, dass der Beitrag Bayerns dazu größer ist als der Beitrag anderer Bundesländer.

(Zuruf)

Wenn nachgesteuert werden muss, wird die Staatsregierung das machen. Aber wir müssen uns auf diesen Weg machen, um wenigstens das zu tun, was in unserer Macht steht und was vernünftig ist, nachvollziehbar ist, wirtschaftlich leistbar ist, gesellschaftlich leistbar ist und ökologisch leistbar ist. Dieses Gesetz ist ein Auftrag, um diesen Weg zu beschreiten und diesem Ziel möglichst nahezukommen. Jeder formuliert sich ein Ziel, wohin er kommen möchte, wenn er etwas ändern möchte.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Genau das ist die Handlungsanweisung, die unser Minister mit Kollegen und auch mit Ihnen ausgearbeitet hat.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich. – Der Abgeordnete Florian von Brunn hat jetzt das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Im Jahr 1990 hatte Bayern in Deutschland noch eine sehr gute Ausgangsposition im Klimaschutz mit dem niedrigsten Ausstoß an Treibhausgasen pro Kopf. Das war zwei Jahre vor dem Erdgipfel in Rio. Die Debatte über die Klimaerhitzung hatte gerade erst begonnen. Heute, nach Stoiber, Seehofer und unter Markus Söder, ist Bayern nur noch Mittelmaß in Deutschland, was den Klimaschutz angeht. Mit Windkraftstopp und ungebremstem Wachstum des Straßenverkehrs hat man alle früheren Vorteile verspielt. Beim Klimaschutz liegen heute Berlin und Thüringen vorne.

Wo Bayern genau steht, kann keiner sagen, weil es von der Staatsregierung nur unzuverlässige und veraltete Daten gibt. Was Klimadaten angeht, sind Bayerns Umweltminister Hütchenspieler. Keiner weiß, unter welchem Hütchen die echten Klimazahlen sind.

Im Jahr 2020 legt einer dieser Umweltminister dem Bayerischen Landtag den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes vor. Das ist ein Gesetz, das schon lange überfällig ist und das sieben andere Bundesländer – sieben andere Bundesländer! – seit Jahren haben, angefangen mit Nordrhein-Westfalen, das unter der SPD-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft bereits im Jahr 2013 ein solches Gesetz verabschiedet hat. Die SPD hat in diesem Landtag in jeder Legislaturperiode seit 2008 ein Klimaschutzgesetz eingebracht, so auch unser soziales Klimaschutzgesetz im letzten Jahr. Nach vielen Jahren kommt jetzt auch die Staatsregierung endlich mit einem Klimaschutzgesetz um die Ecke.

Aber Sie sind nicht nur viel zu spät dran. Nein, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN, Sie kommen uns, ehrlich gesagt, vor wie Gebrauchtwagenhändler, wie Autotandler, die uns einen auflackierten Unfallwagen als tolles, als einzigartiges Angebot verkaufen wollen: Ihr Klimaschutzgesetz eben, das nicht funktioniert.

Ich will nur einige der massivsten Schwächen nennen: Mit diesem Gesetz verfehlen Sie das 1,5-Grad-Klimaziel von Paris. Sie formulieren zwar, der Freistaat solle bis 2050 – übrigens zu spät – klimaneutral werden, aber die von Ihnen bisher vorgeschlagenen Maßnahmen reichen dafür hinten und vorne nicht aus. Ihr Gesetz sieht weder eine unabhängige Überprüfung der Ergebnisse noch irgendeinen Mechanismus zum Nachsteuern vor, wenn die Klimaziele verfehlt werden, wovon man ausgehen muss.

Herr Glauber, was Sie uns heute hier vorlegen, ist aufpolierter Schrott. Sie haben keine berechtigte Kritik, keine gute Anregung aus der Verbändeanhörung aufgenommen. Das ist kein Klimaschutzgesetz; das ist, ehrlich gesagt, eine Mogelpackung.

Ich sage Ihnen: Wir brauchen in Bayern dringend ein vernünftiges Klimaschutzgesetz und eine wirksame Klimapolitik. Dazu gehören solide Zahlen und eine ehrliche Bestandsaufnahme, Klimaziele, die diesen Namen verdienen, und Instrumente, mit denen man diese Ziele erreicht. Nichts davon haben Sie bisher vorgelegt.

Ihr groß angekündigter Maßnahmenkatalog ist ein Sammelsurium an Ladenhütern – um es bildlich mal so zu sagen: nichts anderes als eine Maß mit zusammengefallenem Schaum, die Sie aus all den Resten und Noargerln Ihrer bisherigen Programme zusammengeschüttet haben. Damit erreichen wir ganz sicher keine Klimaneutralität in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich muss Sie schon warnen: In den Ausschüssen liegt eine Menge Arbeit vor uns, um diesen Gesetzentwurf überhaupt klimatauglich und flott zu kriegen. Für unsere Fraktion kann ich schon ankündigen: Wir werden, nein, wir müssen eine ganze Reihe von Änderungsanträgen stellen; denn das hier wird weder dem Klimaschutz noch den Ansprüchen der Wählerinnen und Wähler gerecht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt geschlossen. – Entschuldigung, jetzt hätte ich fast die FDP vergessen: Herr Kollege Skutella, selbstverständlich haben Sie das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister, nach so viel Schelte möchte ich zu Beginn meiner Rede die Staatsregierung etwas loben. Es ist durchaus begrüßenswert, dass der Gesetzentwurf die großen Hebel für die Klimaschutzpolitik auf der EU- und Bundesebene verortet; denn je kleinteiliger Klimaziele vorgeschrieben werden, desto ineffizienter können sie erreicht werden. Daher soll der Gesetzentwurf eine ergänzende Funktion haben, dessen Kern sicherlich in den Artikeln 3 und 4 des Entwurfes liegt, nämlich in einer klimaneutralen Staatsverwaltung sowie in der Möglichkeit der Kompensation für nicht einzusparende Emissionen. Beide Artikel begrüßen wir durchaus.

Jedoch: Wo Licht ist, da ist natürlich auch Schatten. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Inhalte richten.

Erstens. Bei den Kompensationsmöglichkeiten darf es kein "Bavaria first" geben. So verständlich und richtig die Kompensationsmaßnahmen im Freistaat sind, umso unverständlicher ist es jedoch, dass internationale Kompensationen überhaupt nicht in Erwägung gezogen werden. Sie und Ihr Haus wissen doch selbst, dass jeder Euro, den wir in Entwicklungsländer investieren, eine stärkere Wirkung für den Klimaschutz entfaltet, als es hier in Bayern der Fall sein würde.

Die internationalen Kosten für Klimaschutz betragen zum Teil nur ein Drittel der deutschen Kosten. Warum sollen wir also nur einen Baum in Bayern pflanzen und nicht drei in Äthiopien? Warum statt einem Solarpanel auf dem Umweltministerium nicht drei in Marokko errichten? – Hier muss noch wesentlich mehr Effizienz an den Tag gelegt werden, um den Pariser Klimazielen gerecht zu werden.

Zweitens ist das Unwissen erschreckend. Kollege von Brunn hat das schon angesprochen. Unsere Anfragen an die Staatsregierung zeigen, dass Ihnen nicht klar ist, welche Kompensationen außer der Neupflanzung von Bäumen oder der Moorrenaturierung angedacht sind oder wie die Wirksamkeit dieser Kompensationen überhaupt ermittelt wird. Ebenso kann noch nicht beziffert werden, wie hoch die Emissionen der Staatsverwaltung aktuell sind und wie viel eingespart werden muss, damit diese klimaneutral wird.

Wie können Sie denn von uns verlangen, dass wir diesem Gesetzentwurf in der Zweiten Lesung zustimmen, wenn Sie über Konsequenzen und Auswirkungen noch nichts sagen können?

Zudem kritisieren wir das geplante Monitoring. Ein im eigenen Haus geschriebener Klimabericht ist schön und gut. Jedoch wird aus dem Entwurf nicht deutlich, ob der Bericht Bezug auf die Wirksamkeit und Effizienz der geplanten Maßnahmen nehmen wird. Wir wollen doch kein Gesetz verabschieden, weil es thematisch gerade en vogue

ist, sondern weil wir uns tatsächlich um das Klima sorgen und wirksamen und effizienten Klimaschutz betreiben wollen.

Alles in allem ist festzustellen, dass wir – ähnlich wie die SPD – mit einigen Änderungsanträgen im Ausschuss aufwarten werden. Wir hoffen, damit am Ende tatsächlich ein gutes und effizientes Klimaschutzgesetz zu bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Skutella. – Damit ist die Aussprache jetzt in der Tat geschlossen. Ich darf fragen, ob das Parlament einverstanden ist, dass der Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss überwiesen wird. – Das ist der Fall; damit besteht Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.